

Vorwärts

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-291

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zusammenbruch der Völkerbundhege.

Ein Skandal des Auswärtigen Amtes.

W.B. meldet: Im Anschluß an die Presseförderung über die Besetzung der Sekretariatsposten im Völkerbund bei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund richten sozialdemokratische Blätter an das Auswärtige Amt die Aufforderung, seinerseits zu den in der Presse aufgestellten Behauptungen Stellung zu nehmen.

Dem Auswärtigen Amt ist über die fragliche Angelegenheit folgendes bekannt geworden:

Der deutsche Generalkonsul in Genf berichtete kürzlich — nicht in Beantwortung einer Anfrage des Auswärtigen Amtes, sondern auf Grund einer ihm zuteil gewordenen Mitteilung — es sei ihm von maßgebender Seite im Generalsekretariat des Völkerbundes eröffnet worden, daß man dort Kenntnis davon erhalten habe, daß verschiedene politische Parteien in Deutschland Kandidatenlisten für die deutsche Beteiligung im Sekretariat aufgestellt hätten.

Diese Nachricht habe in Genf stark beunruhigt, da sie für eine unrichtige Einstellung gewisser deutscher Kreise in bezug auf die Anstellungsfrage spreche, die zu schwierigen Lagen für alle Beteiligten führen könne.

Die deutsche Beteiligung am Generalsekretariat müsse, so wurde von maßgebender Seite betont, in Fühlungnahme mit der Reichsregierung geregelt werden. Eine Veröffentlichung des aus Genf an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramms oder eine Mitteilung an die Presse aus seinem Inhalt ist seitens des Auswärtigen Amtes nicht erfolgt. Im übrigen haben Verhandlungen über Personenfragen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Generalsekretariat des Völkerbundes noch nicht stattgefunden.

Das also ist des Pudels Kern! Eine Stänkerei des deutschen Generalkonsuls in Genf, Herrn Aschmann!

Herrn Aschmann ist bekannt geworden, daß dem Völkerbundssekretariat bekannt geworden ist, daß einzelne deutsche Parteien Listen für die Besetzung der Posten beim Sekretariat aufgestellt hätten. „Aufgestellt“, nicht „eingereicht“!

Alles Gerede von offiziellen Schritten der Sozialdemokratischen Partei, alle späteren Ausreden von Briefen, die von Sozialdemokraten nach Genf geschrieben worden seien, sind Schwindel.

Es erhebt sich die Frage: Woher weiß Herr Aschmann, daß das Völkerbundssekretariat weiß, daß die Sozialdemokratische Partei eine Liste für Genf aufgestellt hat?

Diese Frage ist sehr wichtig, denn die Sozialdemokratische Partei weiß davon nichts!

Eine sozialdemokratische Liste für die Besetzung der Posten beim Völkerbundssekretariat existiert nicht.

Es existiert also nichts! Kein offizieller Schritt der

Partei. Kein Privatbrief eines Parteigenossen. Keine von der Partei aufgestellte Liste.

Es existiert nur ein Heßfeldzug der Rechtspresse einschließlich der „Täglichen Rundschau“. Es existieren nur freche Lügen. Es existiert nur ein Generalkonsul Aschmann, der eine Schwärzerei gemacht hat und ein Auswärtiges Amt, aus dem diese Schwärzerei in die schmutzigen Kanäle der Rechtspresse geflossen ist.

Einen großen politischen Skandal hat Hugenbergs „Nacht- ausgabe“ zu Weihnachten angekündigt. Er ist da — als ein Skandal des Auswärtigen Amtes!

Die Obstruktionisten.

Nicht in den Völkerbund, nur an die Futtertrappe.

Die deutschnationalen Klopfflechter gehen weiter mit dem Märchen von den „Briefen an das Völkerbundssekretariat“ haufieren, die angeblich von der Sozialdemokratie und vom Zentrum geschrieben wurden. Während die Deutschnationalen Partei durch ihre Fraktion ganz offen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bekämpft, macht sie durch ihre Presse doch den Anspruch geltend, daß die Posten beim Völkerbund nicht durch Republikaner, sondern durch Angehörige der Rechtsparteien besetzt werden. Darauf läuft ihr ganzes Geschrei hinaus. Inzwischen bemüht sich die deutsch- nationale Fraktion des Reichstags weiter, den deutschen Eintritts- antrag an den Völkerbund zu verhindern oder zu erschweren. Zu dem Zwecke hat sie folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

„Die im Dezember abgehaltene Tagung des Völkerbunds- rates hat bewiesen, daß dieser nicht geneigt ist, mit dem bisherigen System der Entziehung der völkischen Minderheiten zu brechen. Die Aufrechterhaltung der Ver- fahrungsordnung in Minderheitenfragen macht eine wirksame Ein- nahme auf das Schicksal der nach Millionen zählenden deut- schen Minderheiten unmöglich. Die deutsche Reichsregierung und insbesondere der Herr Reichsaußenminister haben gerade die Möglichkeit der Fürsorge für die deutschen Minderheiten als einen der wichtigsten Gründe für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund immer wieder bezeichnet. Deshalb fragen wir die Reichsregierung, welche Fol- gerungen sie aus diesem Verhalten des Völkerbundes in der Minderheitenfrage zu ziehen gedenkt und ob sie insbesondere ent- schlossen ist, den deutschen Beitritt zum Völkerbunde von einer grundsätzlichen Aenderung der Minderheiten- politik des Völkerbundes abhängig zu machen.“

Die Interpellation nimmt den Schutz der Minderheiten nur zum Vorwand, um die Feindseligkeit der Deutschnationalen gegen den Völkerbund zu verschleiern. In Wirklichkeit liegt den Interpellanten herzlich wenig an den Minderheiten, wenn sie nur in Deutschland wieder an die Herrschaft gelangen können. Für das System Mussolini schwärmen die Deutschnationalen immer noch, troh- dem es die Deutschen in Südtirol in schamlosester Weise unterdrückt!

Neue Krise des Kommunismus.

Auf dem Wege zur Evolution.

Der russische Parteitag schließt nicht, sondern eröffnet ein neues Kapitel in der Entwicklung der russischen Revolution. In unerwarteter Böslichkeit ist eine Diskussion von bisher kaum dagewesener Heftigkeit in den Reihen der KPR. ausgebrochen. Die Krupstaja, Lenins Witwe, eine der hervorragendsten Repräsentanten der neuen Opposition prägte selbst in der Diskussion die Formulierung: „Die Diskussion ist über Nacht gekommen.“ Sie ist nicht die erste, aber sie unterscheidet sich von den früheren Debatten in der russischen Partei durch sehr charakteristische Züge. Die frühere Opposition zur Zeit der Debatten um die Gewerkschaftsfragen, der Meinungsverschiedenheiten mit Trotski, verriet es an sich als organisatorisch geschlossene Opposition aufzutreten. Sie lehnte das Wort „Fraktion“ entschieden ab. Die heutige Opposition hat zum ersten Male von einer bisher niemals angewandten Bestimmung des Parteistatuts Gebrauch gemacht, wonach 40 Delegierte ein Korreferat verlangen können. Auf allen Parteitagen ist bisher auch nach den heftigsten Debatten die abschließende Resolution formell „ein- stimmig“ angenommen worden. Diesmal haben nicht weniger als 65 Delegierte gegen die Resolution des Parteitages gestimmt. Die „Pravda“ sieht sich genötigt, der Opposition vorzuwerfen, daß sie durch ihre Forderung nach Duldung einer Gruppenbildung das Fundament der Partei und damit der proletarischen Diktatur untergrabe. Sinowjew selber, der Hauptinspirator des organisierten Widerstandes gegen die offizielle Parteipolitik, betont, daß er sich der Gefahr vollkommen bewußt ist, die aus öffentlichen Dis- kussionen entstehen müssen. Er erklärt in seinem Korreferat, das bezeichnenderweise in der „Roten Fahne“, die jetzt vollkommen die Sprache verloren hat, nur sehr un- vollkommen wiedergegeben wird, wörtlich:

„Eine Gefahr besteht auch darin, daß wir die einzige Partei im Lande sind, worauf wir auf den früheren Kongressen schon häufig hingewiesen haben. In unsere Partei dringen alle Strömungen ein, die beim Vorhandensein anderer Parteien dort zutage treten würden. Wir müssen sehr häufig nicht nur mit der Tatsache rechnen, daß wir die einzige Partei sind, sondern auch damit, daß wir infolgedessen gezwungen sind, eine Reihe sehr wichtiger Meinungsverschiedenheiten von Zeit zu Zeit nach innen zu drängen, ohne sie zur Behandlung an die breite Öffentlichkeit zu bringen. Eine Reihe sehr tiefgehender Meinungs- verschiedenheiten, die mit unseren Beziehungen zur Bauernschaft zusammenhängen, haben wir reichlich lange Zeit sozusagen in ein Zimmer eingesperrt, weil wir hofften, selber eine für die Gesamtpartei leidlich annehmbare Lösung zu finden.“

Trotzdem besteht die Opposition auf einer Fortsetzung der Diskussion. Auf die Vorwürfe der Parteimehrheit, daß die Opposition phrasenhaft sei, keine konkrete Vorschläge mache, erwidert Sinowjew mit seinen Freunden, daß sie im Augenblick nur die Forderung nach Eröffnung der Dis- kussion stellen, daß ihrer Meinung nach die Diskussion weitergehen soll. Die „Pravda“ wendet sich in der heftigsten Weise gegen dieses Verlangen. Sie schreibt am 22. Dezember:

„Die Partei und der Parteitag sind verpflichtet, unverantwort- liche Versuche, ihr eine neue Diskussion aufzuzwingen, von vorn- herein zu verhindern. Wir haben alle die Diskussion mit dem Ge- nossen Trotski noch in Erinnerung. Die Partei wünscht jetzt keine Diskussion. . . . Schon Lenin hat uns auf das außerordentliche Risiko und unerhörte Gefahr einer Diskussion innerhalb einer proletarischen Partei, die die Macht in Händen hat, hingewiesen.“

Auf dem Parteitag sind in der leidenschaftlichen, tage- langen und außerordentlich interessanten Debatte Anspielungen darauf gemacht worden, daß in Petrograd, dem Hauptsitz der organisierten Opposition, direkt konspirative Zu- sammenkünfte stattgefunden haben, als deren verant- wortlicher Regisseur Sinowjew bezeichnet wird. Mehrere Redner betonten, daß Sinowjew seine Kräfte der kommuni- stischen Internationale widmen möge, er solle die Finger von der Petrograder Organisation lassen. Die Partei- leitung sei ihm gegenüber viel zu schwach gewesen. Sinowjew steht aber keineswegs allein. Einmal ist er nicht, wie Trotski, ein verdächtiger früherer Menschewist, sondern ein über jeden Zweifel erhabener alter Bolschewik, der jahrzehntelang mit Lenin zusammengearbeitet hat. Neben ihm steht Lenins Witwe, die Krupstaja, die mindestens nach außen hin als eine Personifikation des Leninschen Vermäch- nisses gilt. Von Semaschko, dem Volkskommissar für Gesundheitswesen, der ebenfalls zur Opposition gehört, wird der bezeichnende Ausdruck kolportiert: „Was werden die kom- munistischen Arbeiter Europas sagen, wenn ihnen Sinow- jew als „Liquidator des Leninismus“ hingestellt wird?“ Es kam auch keinen Zweifel unterliegen, daß die oppositionellen Strömungen selbst auf dem Parteitag über die 65 Delegierten hinausgeht, die offen gegen die Parteitags- resolution gestimmt haben.

In ihrem Wesen stellt sich allerdings die neue Diskussion nur als eine verschärfte Auflage der früheren Mei- nungsverschiedenheiten dar. Nach dem Tode Lenins sind zwar keine gesammelten Werke der Partei geschrieben, aber die Sammlung seiner Aussprüche enthebt sie nicht der Notwen- digkeit, der sich verändernden russischen Wirk- lichkeit ins Auge zu sehen. Sinowjew erklärt in seinem Korreferat:

„Wenn man uns bei Beginn unserer Revolution gefragt hätte, wieviel Zeit unsere Partei brauchte, um auch nur in

Aus dem Reiche Gefhlers.

Soldatenmishandlung.

Ein Urteil, das jüngst vom Gericht in Schneidemühl als Berufsungsinstanz gefällt wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in der Reichswehr. Der Tatbestand ist folgender:

Am Juni d. J. erging Befehl an die 10. Kompanie des In- fanterieregiments 4, Schwimmlehrer namhaft zu machen. Ein zum Prüfungsschwimmer kommandierter Soldat ging zum Oberleutnant Demich und bat um Befreiung von der Prüfung, da er den An- forderungen körperlich nicht gewachsen sei. Trotzdem blieb es bei dem Befehl. Infolge der Anstrengungen bekam der Soldat Herz- krämpfe, so daß er nur mit Mühe und Not das Schwimmbassin verlassen konnte. Trotzdem gab ihm Oberleutnant Demich abermals den Befehl, in das Wasser zu springen. Der Soldat machte den Oberleutnant nochmals auf seinen Zustand aufmerksam und erklärte: „Ich kann nicht mehr!“

Folge: Anklage gegen den Soldaten vor dem Gericht in Deutsch- Krone, das ihn freispricht. Weitere Folge: Berufung des Heeres- anwalts mit der Begründung:

Es sind unhaltbare Zustände, wenn solche Befehle nicht aus- geführt werden, auch wenn Todesgefahr besteht (!), was hier ausgeschlossen wäre, da 10 bis 15 gute Schwimmer in der Nähe waren.

Und nun bringt das Gericht in Schneidemühl es tatsächlich fertig, den Soldaten wegen Gehorsamsverweigerung zu 14 Tagen Mittelarrest zu verurteilen.

Der Verurteilte war schon zweimal als Soldat vom Tode des Ertrinkens gerettet worden. Daraus geht hervor, daß er ebenso objektiv zum Schwimmen untauglich ist, wie subjektiv eine auf Er- fahrung begründete Furcht vor dem Wasser empfindet. Trotzdem war er dem ersten Befehl gefolgt, er hatte dabei Krämpfe bekommen, viel Wasser geschluckt und im Wasser erbrochen. Wenn er den zweiten Befehl dann nicht ausführte, so offenbar deshalb, weil die Ausföhrung über seine Kräfte ging.

So gewiß also das Urteil von Schneidemühl ein Fehlurteil ist, so gewiß war die Wiederholung des Befehls an den kranken Sol- daten, ins Wasser zu springen, eine Rebelei. Die Frage erhebt sich: Was geschieht dem Offizier, der solche Befehle erteilt? Und das führt auf einen anderen Fall.

Vor einiger Zeit richtete der Abg. Genosse Künstler an den Reichswehrminister Gefhler eine Anfrage wegen eines Rittmeisters Scholl vom Reiterregiment 18, der einem Untergebenen Schläge

mit der Reitpeitsche in Aussicht stellte. In der jetzt erteilten Antwort heißt es:

Bei der von ihm (Rittmeister Scholl) für notwendig erachte- ten mündlichen ersten Belehrung hat er dann die zweifello- nicht sachliche und unnötige Bemerkung über die Sühnung derartiger Vergehen durch körperliche Züchtigung ge- macht, um dadurch an das Ehrgefühl des Mannes zu appellieren.

Nach dieser sehr milden und entschuldigenden Beurteilung des Rittmeisters wendet sich die Antwort in hochmütigem Ton gegen den Abgeordneten:

Ich darf ergebenst bitten, in jedem Fall die Beurteilung der Geeignetheit eines Offiziers dessen Vorgesetzten und letzten Endes mir zu überlassen.

Also der Abgeordnete triegt einen Verweis, dem Ritt- meister Scholl geschieht nichts, und dem Oberleutnant Demich wird natürlich auch nichts geschehen.

Deutschland ist ein parlamentarisch regiertes Staats- wesen, und die Reichswehr ist das Heer der Republik!

Und Heer Gefhler, nicht zu vergessen, ist Demokrat!

Mussolini besucht Chamberlain.

Beginn italienisch-englischer Schuldenverhandlungen.

London, 29. Dezember. (U.) Nach einer „Times“-Meldung aus Mailand reist Mussolini heute vormittag zu einer Unterredung mit Chamberlain nach Rapallo. Dieser Begegnung wird wegen der bevorstehenden englisch-italienischen Schuldenverhandlungen große Bedeutung beigegeben.

London, 29. Dezember. (U.) Die italienische Schuldenkom- mission wird Ende dieser Woche unter Führung des italienischen Finanzministers Graf Volpi in London eintreffen, um über eine Schuldenregelung zu verhandeln.

Deutschland und China. Die deutsche Regierung ist vorbehalt- lich der Ratifikation dem Washingtoner Vertrag vom 6. Februar 1922 über die Grundzüge und die Politik, die in Angelegenheiten betreffend China zu befolgen sind, beigetreten.

Der Nachlaß Hardings. Die Washingtoner Meldung, nach der die Witwe des Präsidenten Harding die gelamte Korrespondenz ihres Gatten verbrannt haben soll, wird dementiert. Es handelt sich ledig- lich um einige ganz bedeutungslose Privatbriefe des verstorbenen Präsidenten. Alle Briefe von politischer Bedeutung sind unberührt geblieben.

den Grundzügen ihr Programm zu verwirklichen, dann hätten kaum viele von uns eine lange Zeitspanne genannt. Raum einer hätte von Jahrzehnten gesprochen. Hätte man uns (im) Jahre gegeben, dann hätten wir das für einen außerordentlich langen Zeitraum und für vollkommen ausreichend gehalten. Aber, Genossen, es ist nicht mehr lange bis zum ersten Jahrzehnt unserer Revolution und die Dinge haben sich so entwickelt, daß wir von der Geschichte mindestens noch ein Jahrzehnt fordern müssen. Ich will damit nicht sagen, daß im Laufe des nächsten Jahrzehnts in den anderen Ländern Revolutionen nicht ausbrechen werden — sicher wird das der Fall sein. Aber bei der geschichtlichen Erfahrung, über die wir jetzt verfügen, daß nur, um unser Programm in den Grundzügen zu verwirklichen, wir noch ein Jahrzehnt der proletarischen Diktatur gebrauchen. . . Wir müssen uns darüber klar sein, daß ein gutes Jahrzehnt proletarischer Diktatur unbedingt notwendig ist, um nur die Grundzüge unseres Programms durchzuführen."

Das hat also selbst Sinowjew im Jahre 1925 endlich begriffen. In Wirklichkeit rechnet er nicht mit einem weiteren Jahrzehnt, rechnet er bereits mit weiteren Jahrzehnten. Die Evolution tritt das Erbe der Revolution an. An die Stelle der rohen Gewalt tritt auch in Rußland der Kampf um die Leistung, um den Fortschritt, um die Entwicklung. Sinowjew formuliert das selber:

„Kein Zweifel, daß von Jahr zu Jahr die Formen der proletarischen Diktatur sich ändern werden, daß sie verbessert und irgendwie gemildert werden. Kein Zweifel, daß, wenn wir das nicht begreifen würden, wir keine wahren Jünger Lenins wären. Wir müssen verstehen, daß wir jetzt in die Periode des Aufbaues eingetreten sind, daß wir unter Verhältnissen arbeiten, die sich in vielen Beziehungen radikal von den früheren unterscheiden. Auch die Formen der Diktatur müssen sich ändern.“

Wenn schon Sinowjew, der Sprecher der Opposition diese menschewistische Binsenwahrheit endlich begriffen hat, so haben die offiziellen Führer der Partei das erst recht verstanden. Sie sind als Inhaber der Staatsgewalt ausgesprochene „Staatsmänner“ geworden, sie treiben „staatsmännische Politik“ und sind entschlossen, aus der geschichtlichen Entwicklung alle die Konsequenzen zu ziehen, die für sie notwendig sind, um an der Macht zu bleiben. Der Aufbau des Sozialismus ist ihnen heute nicht mehr das Problem der „Vernichtung der Bourgeoisie“, sondern ist ihnen heute das Problem der Industrialisierung ihres Landes unter staatlicher Führung. Ihr ganzes Interesse konzentriert sich auf die Entwicklung der Staatsindustrie und auf die Vermeidung eines Konflikts mit der wirtschaftlich erstarkenden Bauernschaft. Bucharins geflügeltes Wort von der letzten Parteikonferenz, an die Adresse der russischen Bauern: „Bereichert euch“, ist das offene Angebot an das russische Dorf, wonach die Kommunistische Partei in Rußland auf die wilden und primitiven Formen des Klassenkampfes, so wie sie ihn früher verstand, auch im Dorf verzichten will. Die Schwierigkeiten bei der Realisierung der diesjährigen Ernte haben den russischen Machthabern von neuem ins Bewußtsein gebracht, daß mit dem Reppalver allein und mit der Tscheka Wirtschaftsprobleme nicht gelöst werden können. Sie beschreiten deswegen unter formeller Aufrechterhaltung der bolschewistischen Ideologie entschlossen den Weg staatlicher Reformarbeit. Sie rechnen damit, daß diese Reformarbeit Jahrzehnte nicht nur dauern kann, sondern dauern muß. Sie erkennen bewußt und unbewußt die politische und wirtschaftliche Unterstützung des bolschewistischen Regimes durch die nicht proletarischen Schichten dadurch, daß sie eine ausgesprochen bürgerlich-kapitalistische Politik im Innern und national imperialistische Politik nach außen hin betreiben. Ihre subjektive Vorstellungswelt, ihre Herkunft und die geschichtliche Entwicklung ihrer Partei veranlassen sie bis zu einem gewissen Grade, bestimmte Sonderprivilegien dem Moskauer und Petrograder Proletariat zuzumessen zu lassen. Allenfalls unterstützen

sie noch in einigen Großstädten eine gewisse Sonderstellung der Arbeiterklasse. Aber ausschlaggebend für ihre Politik sind diese Reaktionen nicht mehr. Die Rentabilität und Wirtschaftlichkeit der Industrie ist für sie — naturgemäß — wichtiger als die besonderen Klasseninteressen der Arbeiterschaft, die ohne Streikrecht, ohne Versammlungs- und Pressfreiheit nur noch Objekt der bolschewistischen Gesehungs- und Verwaltungspraxis geworden ist. Mit Entsetzen lehnen sie die Forderung nach stärkerem Zutrom von Arbeitern in die kommunistische Partei ab. Das wäre — so versichern sie selber — das Ende!

Auf dieser Grundlage wächst die neue Diskussion mit geschichtlicher Notwendigkeit zu einer Diskussion über das Schicksal der russischen Revolution überhaupt. Es wäre verfehrt, hier nur mit Begriffen wie „rechts“ und „links“ zu operieren. Gewiß stehen die offiziellen Parteiführer nach der üblichen Terminologie „rechts“. Gegenüber der naiven Demagogie, mit der die linken Anhänger Sinowjews arbeiten, haben sie für sich die unbestreitbare Tatsache der größeren politischen Einsicht und — des Zwanges der Tatsachen, der stärker ist, als alle frommen Wünsche. Aber sie stehen auch in vieler Beziehung als Partei der Industriekapitäne, der kapitalistischen Staatsgewalt und mit der Kriegsgefahr spielender Abenteuerer soweit rechts, daß eine proletarische Opposition gegen sie unvermeidlich wird. Auf der anderen Seite drängen in dem Verlangen nach Diskussionsfreiheit, nach stärkerer Anteilnahme der Arbeiterschaft an der Staatsgewalt alle die Strömungen nach, die in allen Schichten der Bevölkerung eine Forderung der Diktatur und eine Entwicklung zur Demokratie verlangen. Die brutale Härte der Parteidiktatur war möglich gegenüber einem vollständig erschöpften, durch Krieg und Bürgerkriege an den Rand des Abgrunds gebrachtem Volke. Die Erstarrung der Wirtschaft erhöht nach Sinowjews Anspruch die Aktivität der ganzen Bevölkerung und macht den Druck gegen die starren Fesseln der Diktatur so stark, daß die Bolschewiki ihm werden nachgeben müssen. Auch das wird nur etappenweise geschehen. Aber es wird geschehen.

Moskau, 29. Dezember. (Mitteilung der Sowjet-Telegraphen-Agentur.) Der kommunistische Parteitag erteilte nach Entgegennahme eines Berichtes Sinowjews mit 516 Stimmen bei 94 Enthaltungen im allgemeinen die Tätigkeit der Betreuung der russischen Kommunistischen Partei im Vollsitzauschuß der kommunistischen Internationale seine Zustimmung. Er stellte in einer Entschließung fest, daß die Delegation der russischen Kommunistischen Partei gehalten habe, die innerhalb der kommunistischen Parteien infolge der teilweise Stabilisierung des Kapitalismus im Westen aufgetretenen Gegensätze zu überwinden. Der Parteitag beauftragte die Delegation, künftighin den Kampf gegen rechte wie auch ultralinke Abweichungen von der richtigen marxistischen Linie fortzusetzen und mit allen Mitteln die Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit zu fördern. Ferner nahm der Parteitag mit allen gegen 36 Stimmen einen an die Leningrader Parteioffizialen gerichteten Aufruf an, in dem er darauf hinweist, daß die Leningrader Delegation dadurch, daß sie gegen die Vertrauensumgebung für das Zentralkomitee stimmte und einen Korrespondenten gegen den Bericht des Zentralkomitees aufstellte, den Beschluß der Leningrader Parteikonferenz umgestoßen habe, der dem Komitee volles Vertrauen ausgesprochen und die Leningrader Delegation in diesem Sinne beauftragt hatte. Der Aufruf bringt die feste Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Leningrader Organisation einmütig eine derartige Handlungsweise verurteilen werde, die die Geschlossenheit der Partei schädige. Den ausführlichen Informationsbericht über die internationale Lage erstattete Tschitcherine, dem der Parteitag eine stürmische Huldigung bereitet.

Nachstehung der Pariser Kammer. Die um 9 1/2 Uhr Montag abend begonnene Nachsitzung der Kammer, in deren Verlauf die noch verbleibenden Titel des Ausgabenbudgets für 1926 erledigt werden sollen, war heute um 9 1/2 Uhr mittags noch nicht beendet.

Sozialdemokrat Holstein.

Nun ist's heraus.

Sie schweigen noch immer! Holstein, Baron, Geheimrat, Spekulant, hat für die deutschnationale Presse nicht gelebt. Sie hat ihn aus der Geschichte gestrichen. Fall Holstein? Holstein? Nicht bekannt, wer war denn das? Hat es den überhaupt gegeben?

Für die gewöhnliche deutschnationale Presse hat es ihn überhaupt nicht gegeben. Ihr Gedächtnis hat ein Loch bekommen. Nicht so das Bismarck-Blatt, die „Hamburger Nachrichten“. Die kennen ihren Holstein, den „Mann mit den Hyänenaugen“, Bismarcks Spion, der in einem roten Sofa verbrochen die Gespräche seines Chefs von Arnim belauschte. Sie kennen ihn besser als jeder andere, und nun sagen sie uns, wer Holstein eigentlich war. Jetzt wird der tiefste Grund des Holsteinschen Wesens aufgezeigt.

Warum er intrigierte. Warum er die deutsche auswärtige Politik verunzert hat. Warum er Einfluß auf Wilhelm II. und seine Clique hatte. Warum er ein Schuft, ein korruptes Subjekt war. Nun ist es heraus. Holstein war: — — — Sozialdemokrat.

Weil er Sozialdemokrat war, hat er Bismarck gestürzt. So liest man in den „Hamburger Nachrichten“:

„Und wie der Mann mit den Hyänenaugen im Finstern an Bismarcks Entlassung mitgemischt hat, ist schon vor dreißig Jahren rufbar geworden. Wer aber waren doch die Herrschaften, denen Bismarcks Entlassung so sehr gelegen kam, die damals aufjauchzten, dem Reichsgründer in den letzten acht Jahren seines Lebens Schmähungen über Schmähungen nachsandten, ihm sogar eine seiner größten Taten, die entschlossene Redigierung der Emser Depesche in gemeinsamer Absicht als „Fälschung“ anhängen wollten? Gerade die Demokraten- und Sozialdemokratenblätter, die heute mit den Börsenspekulationen ihres Freundes, des Barons v. Holstein treiben gehen! Rein, der Geheimrat Holstein gehört ganz und gar den Demokraten und den Sozialdemokraten; „Vorwärts“ und „Alpholdemokraten“, die von jeher politischen Ränken damals Ruhen gezogen haben, mögen ihn jetzt auch als Börsenspekulanten als den ihren behalten und konservern. Denn solche Leute waren es, die einst das deutsche Volk seines Bismarcks beraubten!“

Die Sozialdemokraten sind schuld! Sie haben Bismarcks Sturz gewünscht, Holstein hat ihn herbeigeführt — also war Holstein Sozialdemokrat. Aber Wilhelm II. hat Bismarck entlassen — also war Wilhelm auch Sozialdemokrat? Nun erst wird alles klar: Wilhelm war Sozialdemokrat, seine ganze Regierung war eine einzige sozialdemokratische Schweinerei, und deshalb haben wir den Krieg verloren. Die Sozialdemokratie ist schuld, und der Dolchstoß gegen die deutsche Front wurde schon vor 35 Jahren geführt: vom Sozialdemokraten Holstein und vom Sozialdemokraten Wilhelm II.

Oberst Kaupisch tritt zurück.

Wechsel im Kommando der Berliner Schutzpolizei.

Der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei in Berlin, Polizeioberst Kaupisch, beabsichtigt, wie wir erfahren, sein Abschiedsgesuch einzureichen, weil er sich nicht mehr den Anforderungen des Amtes nicht mehr gewachsen fühlt.

Seit fünf Jahren stand Kaupisch an der Spitze der Berliner Schutzpolizei. Zweifellos haben die vielen Widerstände innerhalb eines Teiles der höheren Beamtenschaft die Aufgabe außerordentlich erschwert, die Schutzpolizei zu einem ebenso beweglichen und schlagkräftigen und zuverlässigen Instrument der Republik zu machen. Dem scheidenden Oberst Kaupisch wird persönliche Tiefenswürdigkeit und guter Wille nachgerühmt.

Ueber den Nachfolger Kaupischs sind endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen worden.

Menschenschmuggel nach USA.

Gegenwärtig sind es in den Vereinigten Staaten zwei Berufe, welche am meisten umfängt und überschritten werden. Es ist erstens das Alkoholverbot, das die beste Einnahmequelle bildet für die Beamten, die mit seiner Durchföhrung betraut sind und das gewiß nicht bis an Ende aller Tage bestehen wird, und ferner das Einwanderungsverbot, das dunklen Elementen ebenfalls hohe Erwerbsmöglichkeiten bietet.

Ueber das Prohibitionsverbot schreiben, hieße Gulen nach Athen tragen. Dieses Gesetz und seine Auswirkungen sind hinlänglich bekannt. Doch was das Auswanderungsverbot betrifft, so lassen sich darüber Tatsachen enthüllen, welche die Welt in Erstaunen versetzen werden. „New York World“ schätzt die Zahl der über die Grenze der USA. Schmuggelungen vom Beginn bis zum Ablauf dieses Jahres auf 125 000 bis 150 000 Menschen. Der Arbeitsminister Davis gibt die Zahl der täglich an der kanadischen Grenze oder von Havanna her ins Land Schmuggelungen mit 1000 an.

So wie sich aus dem Schmuggel mit geistigen Getränken ein regelrechter Erwerbszweig gebildet hat, so ist es auch mit dem über die Grenze Befördern von Zwandernern. Das Geschäft ist höchst einträglich. Denn wer aus irgend einem Grunde ohne behördliche Erlaubnis ins Land will, muß seinen „Paschern“ gut bezahlen. Die „Gebühr“ beträgt zwischen 500 bis 2500 Dollar für eine Person. Die an diesem Erwerbe interessierten Menschen setzen sich aus den verschiedensten Berufsgruppen zusammen. „Business“ eint sie. Unter ihnen befinden sich Staatsbeamte, welche hohes Gehalt dafür nehmen, Schiffskapitäne, Seeleute, deren Risiko übrigens nicht einmal so groß ist, wie das der Schmuggler von geistigen Getränken. Denn diese müssen erst abgesetzt und in Sicherheit geschafft werden, während die geschmuggelten Einwanderer sich, sobald sie das Land ihrer Sehnsucht betreten haben, um sich selbst kümmern.

Die meisten Menschen, welche ohne behördliche Erlaubnis ankommen und aus Schmuggelungen angeworben sind, sind Italiener, Griechen, Armenier, Russen und Polen. Seltener sind es Ungarn, Portugiesen, Spanier und Tschechen. Schließlich sind es viele Frauen, denen der Zutritt unter allen Umständen verboten ist.

Die Grenzschmuggler bilden Ringe, Organisationen, sie haben ihre Führer, welche das ganze Geschäft leiten, Helfer und Helfershelfer, die selbst vor einem Verbrechen nicht zurückweichen, wenn es um hohen Profit geht. Das Hauptquartier dieser Pascher ist Kuba. In Havanna waren ständig 30 000 bis 50 000 Menschen auf die heimliche Beförderung nach USA, was allein schon ein ungeheures Einkommen ergibt. Dies gilt nicht nur für die Stadt, die von diesen Menschen lebt, sondern hauptsächlich für die, die sie in das ersehnte Land bringen. Wehlich verhält es sich mit anderen Städten.

Eine große Anzahl dieser Einwanderer fahren nur auf Dampfbooten als blinde Passagiere in amerikanische Hafenplätze ein und

werden dort von dem Ring der Schmuggler in Empfang genommen. Andere fahren als angelegliche Rattosen mit. An der mexikanischen Grenze ist die Beförderung durch Aeroplane in das Innere des Landes sehr im Schwange.

Wenn es möglich wäre, die Tragödie der Menschen, die auf solche Weise nach den Vereinigten Staaten gelangen, ständig zu verfolgen, würde man oft tiefstes Mitleid mit ihnen empfinden. Die Menschenschmuggler sind oft schlimmer als die Sklavenhändler des Altertums. Sie kümmern sich, sobald sie den „Kunden“ im Lande abgesetzt haben, nur noch um Auszahlung ihrer Provision, die meist das ganze Vermögen, das zur Gründung der neuen Existenz sauer gespart oder gar geliehene Geld, ist. Nicht selten wurden die Opfer auch außerhalb der Grenze, in dem Glauben, sie wären bereits auf amerikanischem Gebiete, abgesetzt und irgendwo in einem gutverlassenen Nest Floridas, aller Mittel bar, vom Führer zurückgelassen. Die Grenzpolizei findet dann an der Landesgrenze die Leichen solcher Betroffenen, denen in ihrer Verzweiflung nichts anderes übrig blieb als der Selbstmord. Es kommt auch des öfteren vor, daß die Schmuggler den Leuten unglückliche Grenzüberschreitungen, die sie ihnen angeblich mit Mühe und für den letzten Pfennig verschafft haben, aushändigen und sie dann ihrem Schicksal überlassen. Auch Fälle, wo der Schmuggler sich der Hergabe seines letzten Geldes widersetzt und dafür vom Schmuggler erbarmungslos in einer menschenleeren Gegend umgebracht wurde, sind nichts Seltenes.

(Aus „Bravo Lidu“ überfetzt von H. L.)

Eine Medaille für einen Unheilstifter. Um die zweifelhafte Ehre, das erste Kaninchen nach Australien gebracht zu haben, ist jetzt ein Streit entbrannt. Während man bisher für den Urheber dieser Tat, die den größten Schädling unter der australischen Tierwelt einführte, John A. Gillison hielt, ist nun ein Wister Thatchers aufgetreten, der behauptet, sein Vater sei allein für die Einführung des Kaninchens, die Australier Millionen von Pfund kostet, verantwortlich. Der ältere Wister Thatcher war Seemann, der als Agent der englischen „Klimatisationsgesellschaft“ von England nach Australien fuhr und alle möglichen Tiere nach dem Lande brachte, die dort nicht eingeboren waren. Im 1863 waren einige jagdlustige Bewohner von Victoria des heimischen Wildes überdrüssig geworden und wünschten eine neue Jagdbeute. Da sie sich erinnerten, daß das Schießen von Kaninchen in England ein beliebter Sport war, so wandten sie sich an die Gesellschaft mit der Bitte, Kaninchen einzuföhren. Thatcher erhielt den Auftrag, und dreimal verjuchte er vergebens, die Tiere lebendig bis nach Australien zu bringen. Erst bei der vierten Fahrt gelangte er auf dem Segelschiff „Relief“ glücklich mit lebenden Kaninchen in Melbourne an. Unterdessen hatten aber die Jäger ihren Gedanken bereits ausgegeben, und so ließ Thatcher die Kaninchen im Busch frei, womit er den Anlaß zu der größten Plage gab, die jemals einen Kontinent durchheutet hat. Für seine „Verdienste“ erhielt er eine Bronzemedaille von den dankbaren Einwohnern von Victoria. Auf dieser Medaille, deren Zeichnung von dem großen Tiermaler Vandeler entworfen wurde, ist neben anderen Tieren auch das landverwüstende Kaninchen dargestellt.

Der Hardörfer-Chor-Münster zeigte sich am Sonntag in der Garnisonkirche als ein Chorverein, der mit gründlicher Durchbildung und feinem Verständnis alte und neue Meister zu Gehör zu bringen vermag. Man weiß nicht, was bei diesem von Anton Hardörfer geföhrt Körper das Stärkste ist: der durchgeübteste, selbst in den höchsten Stimmregistern immer schwingelame Klang (ausfallend ist die außerordentlich weiche Behandlung der Bässe) oder die überall temperamentvolle und doch keinem Meister der verschiedenen Stilperioden Zwang antuende stilistische Einstellung. Man hörte Tonsätze aus der Frühzeit polyphoner Chorkunst: Dufay, Josquin de Pres und Antoine de Fevin, neuere Schöpfer: Meyer und Raminoff und Sätze des 16. und 17. Jahrhunderts: A. Scarlatti, Bachner, Haydn, Widinger und Gio. Gabrieli, fürwahr ein Programm, das an geistiges und technisches Umföhrungsvermögen gewaltige Anforderungen stellt. Es war für den Kenner alter und neuer Chormusik ein hoher Genuß, Werke der verschiedensten Meister bei einer so hohen Art von Chorkultur dargebracht zu hören. S. O.

Die schwebende Jungfrau. Das Theater in der Klosterstraße hat sich nun der heiteren Muse zugewandt und den Schwanz „Die schwebende Jungfrau“ aufs Programm gesetzt. Ohne jeden literarischen Ehrgeiz haben die beiden Autoren Franz Arnold und Ernst Bach es verstanden, ein heiteres, verwickeltes Stück zu schreiben, das vom Publikum gern belacht und belacht wurde. Die Aufföhrung war nicht schlecht, Maria Maria Rewes, Maria Reufirgen, Hertha Wolff, Elisabeth Bechtel, Walter Strom, immerhin etröglische Vertreter ihrer Rollen, Erich Köllner allerdings der typische Provinzliebhaber. Tes.

Der Schulbesuch in Sowjetrußland. Nach statistischen Angaben, die das russische Volkswirtschaftsamt für Unterrichtsfragen veröffentlicht, beträgt in Rußland die Zahl der Kinder, die Schulen besuchen, acht Millionen. Davon entfallen sechs Millionen auf die Volksschulen. Diese Zahlen bedeuten, daß in ganzen nur 39 Proz. aller schulpflichtigen Kinder in Rußland die Schulen besuchen. Die Mittelschulen zählen etwa eine Million, die technischen Schulen mit Mittelschulcharakter etwa vierhunderttausend Schüler, die Hochschulen etwa hundertsechzigtausend Hörer.

Der historienmalende Prof. Ludwig Keller ist, 60 Jahre alt, in Düsseldorf gestorben.

Die für den 30. Dezember angelegte Verkaufsföhrung von „Eskitrala“ in den Kammertheatern des Deutschen Theaters muß wegen Erkrankung der Frau Ullrich auf den 31. Dezember verschoben werden. Die für den 30. Dezember gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit für die Vorstellung am 2. Januar 1926 oder werden an der Kasse gegen Erstattung des dafür gezahlten Betrages zurückgenommen.

Am Sylvester-Abend beginnen die Vorstellungen von „Der fröhliche Weinberg“ von Carl Zuckmayer im Theater am Schiffbauerdamm, von „Regen“ im Theater Kurfürstendamm und vom russischen Ballett „Diaghilew“ im Deutschen Künstlertheater und vom Ballett des „Neuen Vogel“ im Lustspielhaus bereits um 7 Uhr, die Vorstellung von „Kosmorama“ im Ballhaus-Theater um 8 Uhr.

Dieschmitts Volkskomödie „Vom Leben Augustin“, die nächste Premiere der Volkshöhne, ist in Buchform bei Oesterfeld & Co., Berlin W. 15, erschienen.

Landwirtschaftliche Steuerprivilegien.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über eine „Gebäudeentwärtungsteuer“ vorgelegt, dessen Beratung der Staatsrat auf Anfang Januar des nächsten Jahres vertagt hat. Es handelt sich bei diesem Gesetz um die Neuordnung der preussischen Hauszinssteuer. Der neue Name soll deutlich zum Ausdruck bringen, daß es sich um die steuerliche Erfassung der durch die Geldentwertung und die Aufwertungsgehegung vernichteten Rentenkapitalien handelt, soweit sie in bebauten Grundstücken angelegt waren. Ausdrücklich ausgenommen sind wieder die Grundstücke, die dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind. Ihre Besteuerung soll später — wie es in der Begründung heißt, erfolgen, und zwar im Zusammenhang mit der Erhebung der Geldentwertungsausgleichsteuer von den unbebauten Grundstücken. Da jedoch nicht damit zu rechnen ist, daß bei der Wachsstellung der Landwirtschaft ein derartiges weiteres Gesetz in vorstellbarer Zeit in Preußen zustandekommen wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß auch in Zukunft die ungerechte und ungerechtfertigte steuerliche Bevorzugung der landwirtschaftlich genutzten Gebäude vor den gewerblichen und den für Wohnzwecke verwendeten Häusern in vollem Umfange bestehen bleiben wird.

Diese steuerliche Begünstigung des platten Landes aber erhält ihre besondere Bedeutung für die gesamte Bevölkerung dadurch, daß von den Steuererfordernissen nur ein überaus geringer Teil in den Städten und Kreisen verbleibt, die diese Steuergelder aufbringen, und daß ein sehr erheblicher Teil in die Hände des Landes fließt, die infolge der landwirtschaftlichen Steuervorrechte zu dem Aufkommen nur sehr wenig oder fast nichts beizutragen haben.

Gegen diese steuerliche Begünstigung der Landwirtschaft wenden sich zunächst mit vollem Nachdruck die preussischen Städte und ihre Organe, insbesondere der Preussische Städtebund und sie verlangen mit Recht, daß bei der neuen gesetzlichen Regelung das bisherige Privileg beseitigt werde. Nicht minder stark ist die Empörung in weitesten Kreisen von Industrie, Handel und Gewerbe und auch von ihren Selbstverwaltungskörpern — den Handelskammern — wird dringlich gefordert, daß die Besteuerung im Rahmen des beabsichtigten Gesetzes auf die landwirtschaftlich genutzten Gebäude ausgedehnt werde. Mit dem Argument, daß die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe eine weitere Belastung durch diese Geldentwertungsausgleichsteuer nicht zulasse, kann man natürlich nicht operieren, ebenso wenig mit der Tatsache, daß die gegenwärtige Höhe der landwirtschaftlichen Verschuldung die Anwendung dieser Steuer ausschließen müsse. Es steht doch fest, daß es sich bei der gegenwärtigen schweren Krise im gesamten Wirtschaftsleben der Nation nicht behaupten läßt, daß die gewerblichen und industriellen Betriebe oder die großen Massen der als Mieter von der Steuer betroffenen werktätigen Bevölkerung steuerlich leistungsfähiger seien als die Landwirtschaft. Es kann vielmehr gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Prinzip der steuerlichen Gerechtigkeit durch die gegenwärtige Privilegierung eines Teiles des Volkes aufs schwerste verletzt und die bei der Höhe der allgemeinen Lasten notwendige Verteilung der Steuern auf alle tragfähigen Schultern dadurch in nicht zu veranschauender Weise verhindert wird.

Unter diesen Umständen muß mit Entschiedenheit gefordert werden, daß in dem neuen Gesetzentwurf die Steuerpflicht auf alle Gebäude ausgedehnt und die Bewerzung der landwirtschaftlichen Sonderrechte auf jeden Fall verhindert wird. Eine sehr wirksame Unterstützung würde diese Forderung erfahren, wenn von Seiten des Landtags einmal eine genaue Aufstellung gefordert werden würde, in welcher Weise die Verteilung der aus der Hauszinssteuer aufgebracht, dem Staat zur Verteilung zugeflossenen Beträge erfolgt ist, und insbesondere, wie sich das Verhältnis zwischen dem Aufkommen in Agrarkreisen und der Höhe der ihnen zugewiesenen Summen darstellt. Eine derartige Nachweisung könnte auf das deutlichste zeigen, in welchem großen Maße das Proletariat in den Industriebezirken und den großen Städten Steuergelder aufbringen muß, um Kreise zu subventionieren, deren eigene Steuerkraft nicht annähernd in dem Umfange in Anspruch genommen wird wie die der in Industrie, Handel und Gewerbe bei niedrigsten Löhnen tätigen Arbeiterschaft.

Das Untreueverfahren gegen Loeb.

Die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen.

Weimar, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine der Thüringer Regierung nahestehende Korrespondenz verbreitete in diesen Tagen eine Ratsch, daß das Untreueverfahren gegen den Genossen Loeb im Januar 1926 in Weimar zur Verhandlung kommen soll. Wie wir jetzt erfahren, ist in diesem Verfahren die Voruntersuchung bis jetzt noch nicht abgeschlossen. Wann dies der Fall sein wird, hängt unter anderem von dem Gesundheitszustand des Genossen Loeb, der ja bekanntlich durch die andauernde Hege zusammen mit dem Weineisverfahren sehr stark gelitten hat, ab. Genosse Loeb muß sich im Januar einer Operation unterziehen, die er im Interesse der Beschleunigung der gegen ihn schwebenden Verfahren immer wieder zu Lasten seiner Gesundheit verschoben hat. Nach Abschluß der Voruntersuchung wird dann erst die Strafkammer zu entscheiden haben, ob das Hauptverfahren überhaupt eröffnet wird.

Verleumdung als politische Methode.

Deutschnationale und Zentrum in Oberschlesien.

Breslau, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Bemühungen des ober-schlesischen Zentrums um die volle provinzielle Selbstständigkeit Deutsch-Oberschlesiens haben den Gegensatz zwischen Zentrum und Rechtsparteien in Schlesien auf das äußerste verschärft. Charakteristisch dafür ist eine Eingabe des deutschnationalen Vorstehenden der Breslauer Landwirtschaftskammer an preussische Amtsstellen in Berlin, in der beinahe unverhüllt die Beschwörer der provinziellen Selbstständigkeit Deutsch-Oberschlesiens als Landesverräter und Völkervereunde hingestellt werden. Der dem Zentrum zugehörige Landeshauptmann von Oberschlesien Dr. Piontek hat daraufhin in einer öffentlichen Erklärung jede weitere Zusammenarbeit mit der Breslauer Landwirtschaftskammer abgelehnt, da er mit Leuten nichts zu tun haben könne, die seine politische Ehre in dieser Art kränken. Die Sozialdemokratische Partei ist bekanntlich über Einzelheiten der schlesischen Provinztrennung, z. B. in der Frage der Landesversicherungsanstalt, anderer Meinung als das Zentrum. Die Verdächtigung der nationalen Gesinnung als Kampfmittel der Rechtsparteien ist aber allzu gut bekannt, als daß die Sozialdemokratie sich der Brandmarkung der deutschnationalen Verleumdungsmethoden durch das Zentrum nicht voll anschließen könnte.

Die erwachte Natur.

Merkwürdig — in der ungeheizten Stube fühlt man sich unbehaglich: draußen bei 5 oder 6 Grad Plus schwört man auf die Frühlingluft, die plötzlich hereingebrochen ist. In der Tat hat dieser Winter so viele Launen gezeigt, wie selten einer, und schon frühzeitig sein Reich bis zum Ende des italienischen Stiefels ausgedehnt, um dann ebenso plötzlich wieder die Krallen einzuziehen. Welche Niederschläge haben Schnee auf die Felder geworfen, jetzt, wo Tauwetter gewesen, fehlt es nicht an wohlthuenden Regengüssen. Schwarz liegt der Boden vor unseren Augen, sofern er nicht die schon kräftig sprechende neue Saat trägt — und die Rasenflächen lächeln so verführerisch, daß man unwillkürlich nach Frühling Blumen sucht. Auch diese fehlen in der Tat nicht; die weiß bis rosa schillernde Christrose ist ja in diesen Gärten ein willkommenes Weihnachtsgruß, der uns lehrt, daß die schlimmste Zeit der Dunkelheit hinter uns liegt. Von Tag zu Tag wird die Lichtdauer länger; im Februar kann man dann auch schon wieder mit der wohlthuenden Wärme der Sonnenstrahlen rechnen. Für den, der ein paar Quadratmeter Land zu betreten hat, ist jetzt die beste Zeit, den Dienst am Boden zu leisten. Letztes Graben tut dem Acker gut und dann auch das Düngen nicht vergessen! Die herunterströmenden Regenfluten sichern ein rasches Eindringen der wertvollen Düngbestandteile in den weichen, nachgiebigen Boden. Und Nährdüngesamen, der ja nicht erfriert, kann auch schon dem Boden anvertraut werden. So zwingt die frischgewachsene Natur dem Siedler Arbeit auf, die er um so lieber leisten wird, als er weiß, daß im eigentlichen Frühjahr nie genug Zeit ist, um Alles nach Wunsch erledigen zu können. Für alle Menschen bedeutet aber eine solche Wärme-Winterperiode eine Atempause: die Lungen weiten sich schon beim Spazierengehen; die Katarrhe verschwinden und der Kohlenvorrat zeigt weniger große Lücken.

Wer weiß, wie lange dieser Idealzustand dauert — es gilt ihn zu nützen.

Neue Verkehrsprojekte.

U-Bahn-Tunnel und Rollendorfsplatz.

Die Berliner Verkehrsdeputation beschäftigt sich zurzeit mit einer Reihe wichtiger Projekte für die Umgestaltung mehrerer Verkehrsanlagen, die den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind. Die Beratungen gelten in erster Linie dem Schmerzenskind der Untergrundbahnpassagiere, dem Verbindungstunnel zwischen dem Nord-Süd-Bahnhof Friedrichstraße und dem gleichnamigen Bahnhof der alten Stammstrecke im Zuge der Mohrenstraße. Von Anfang an hat sich dieser Gang als völlig unzulänglich und geradezu verkehrshindernd erwiesen, weil in den Stunden des Hauptverkehrs auf den Schnellbahnen die von beiden Seiten sich entgegenkommenden Ströme der Fahrgäste in dem schmalen Tunnel sich gegenseitig behindern. Die ideale Abhilfe wäre eine völlige Beseitigung dieses Verbindungsganges durch Zusammenlegung beider Stationen zu einem Kreuzungsbahnhof. Dieses Projekt schaltet aber vor der Hand aus, weil es einen Aufwand von mindestens fünf Millionen Goldmark erfordern würde, eine Summe, die zurzeit für solche Zwecke nicht zur Verfügung steht. In den maßgebenden Kreisen beabsichtigt man daher ein Provisorium in der Form zu schaffen, daß dieser Fußgängertunnel zweifach ausgebaut werden soll durch Vertiefung und Einlegung einer Zwischendecke. Jede dieser unterirdischen „Einbahnstraßen“, die dann den Fußgängerverkehr zwischen den beiden Stationen immer nur in einer Richtung aufnehmen sollen, würde eine lichte Höhe von 2,10 Meter (1) haben, so daß ihr Passieren für besonders hochgewachsene Personen, zumal wenn sie gar aus irgend einem Grunde einen Zylinder tragen sollten, nicht gerade zu den Annehmlichkeiten gehören dürften. Bei dieser Gelegenheit wäre übrigens vielleicht die Möglichkeit zu erwägen, ob man nach Schaffung dieser unterirdischen Einbahnstraßen nicht nach amerikanischem Vorbild die beiden Gänge mit Rollbahnen ausrüsten kann, die bei der Länge des Tunnels für die Fußgänger zweifellos eine Erleichterung bedeuten würden.

Weiter befaßt sich die Verkehrsdeputation mit der Frage der Umgestaltung des Rollendorfsplatzes, auf dem man gern den Ringverkehr nach dem Vorbild anderer Plätze schaffen will. Diese Absichten scheiterten bisher immer an der sehr tiefgelegenen Rampe vom Hochbahnhof Rollendorfsplatz zur Untergrundbahn, die in ihrer jetzigen Form keine Straßenunterführung gestattet. Es wird daher der Gedanke erwogen, diese Rampe höher zu legen und an der Westseite des Platzes eine Unterführung zu bauen, die den Verkehr aus der Bülow- und Moosenerstraße in die Rollstraße aufnehmen könnte. Die Tiefbaudeputation ist übrigens, wie wir weiter erfahren, nunmehr angewiesen worden, die lange vermißten Verkehrschilder am Eingang der Einbahnstraßen und der Verkehrsstraßen erster Ordnung in kürzester Zeit anzubringen, so daß zu hoffen ist, daß diese Maßnahme demnächst bald vollzogen sein wird.

Die Flucht aus dem Zuchthaus.

Anfang November entpflanz, wie wir damals berichteten, aus der Strafanstalt in Brandenburg a. H. der 24jährige frühere Bureaubote Kurt Goldbach. Mit ihm zusammen entwichen zwei andere Verbrecher, die jedoch nach wenigen Tagen von neuem ergriffen werden konnten. Von Goldbach weiß man, daß er sich in Berlin aufhält, es ist aber noch nicht gelungen, seinen Schlafwinkel ausfindig zu machen. Goldbach hatte seinerzeit mit einem gewissen Hans Jahnke zusammen in der Nacht zum 8. Februar 1923 den Polizeiwachmeister Billy Steiner niedergeschossen. Goldbach und Jahnke hatten auf der Straße links verübt und sollten von Steiner zur Wache gebracht werden. Nachdem sie den Beamten niedergeschossen hatten, nahm ein Privatwächter die weitere Verfolgung auf. Ihn hielten sich die Verbrecher ebenfalls mit der Schußwaffe vom Leibe. In der Nacht zum 16. Februar wurden beide in dem Hause Pappstraße 7 bei einem Einbruch gefaßt. Sie ergriffen die Flucht und schossen auch hier wieder auf ihre Verfolger. Auf dem Hohenstaufenplatz trat den Flüchtenden ein Schupoamte entgegen, den sie durch einen Armkutsch schwer verletzten. Beide Verbrecher hatten jedoch ebenfalls Schußverletzungen davongetragen. Sie flüchteten in die Wohnung eines ihnen bekannten Einbrechers und wurden dort am nächsten Morgen festgenommen. Goldbach wurde zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Nach seiner Flucht aus der Strafanstalt wanderte Goldbach zu Fuß nach Berlin. Um möglichst unauffällig zu erscheinen, hatte er über die Zuchthauskleidung einen grauen Wollmantel gezogen und trug einige leere Konferenbüchsen unter dem Arm, als ob er von der Anstaltsarbeit käme. Seine Verkleidung machte es ihm möglich, unangefochten die Draisfahnen zu passieren.

Das gefährliche Weihnachtspaket.

Die Wege der staatlichen Gerechtigkeit sind manchmal höchst wunderbar. Dabei man dieses schwindende Wort guten Gewissens in Ausführungsstellen setzen kann. Die Vereingte Kon.-Unterstützungskommission sendet alljährlich an alle politischen Gefangenen, die nicht von der kommunalistischen „Roten Hilfe“ (R.H.) unterführt werden, fünf-Kilogramm-Weihnachtspakete. (Inhalt: Lebensmittel, keine Druckschriften.) Ein Vertrauensmann der Unterstützungskommission hatte sich mit einer Anfrage, die die Unabhängigkeit der Pakete an die Gefangenen betraf, auch nach Wolfenbüttel, an den Vorstand der Landesstrafanstalten, Oberregierungsrat Dr. Weich, gewandt, die abnehmend beamtet wurde. Die Pakete waren jedoch schon abgeschickt, wurden aber

den Gefangenen nicht ausgehändigt. Es ist wirklich ein Akt kleinlicher Sabotage, wenn die Wolfenbütteler Strafvollzugsbehörden Spendegepflogenheiten, die sich in allen Strafanstalten eingebürgert haben, so engtätig unterbinden. Moderner Strafvollzug? Selbst im inoffiziell gekrönten Bayern handhabt man diese Dinge weit weniger schändlich.

„Völkische“ Weihnachten.

Das meistgeschwungene Radaugefindel, das sich in dem berühmtesten Café Wilhelm ein Stelldichein zu geben pflegt, hat den Heiligabend, wie die „Völkische Zeitung“ mitteilt, mit einer ganz besonderen Attraktion gefeiert: Mit einem brutalen Ueberfall auf einen großen Berliner Gelehrten. Ein aus der Provinz zugewandter Kraftmann der Hafentourcouleur, Baron von Engelhardt stürzte sich, des Alkohols und der antisemitischen Gesinnung voll, auf den des Weges kommenden 74jährigen (!!) Gelehrten Dr. Gregorius Jellsohn, indem er den schönen Schlagtruf ausstieß: „Schlagt den Juden tot.“ Jellsohn blieb mit erheblichen Verletzungen liegen und mußte zur nächsten Rettungswache geschafft werden. Der Prügel wurde durch eine Polizeistreife festgenommen. Wotto dieser ganzen hässlichen Szene: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Wie die Völkischen es auffassen. —

Bureaukratenstreiche.

Die Leute von dreifach verschimmeltem Altenstau haben so ihre eigene Auffassung von den Notwendigkeiten behördlicher Disziplin. Ein Leser unseres Blattes erhielt am 24. mittags eine Mitteilung vom Zollamt, nach der die Zollfreiheit eines an ihn gerichteten Pakets fraglich sei. Er habe innerhalb zweier Tage der Abfertigung beizuwohnen. Handgeschrieben stand unter dieser Aufforderung „24. 12. u. 26. 12. 8—12 vorm.“ Am 26. wurde dem Empfänger mitgeteilt, daß „heute nur Lebensmittelpakete“ ausgeliefert würden. Eine seltsam schifflöse Art von Mißbureaufreude, die nicht dazu angetan ist, die Sympathien für die verwickelten postalischen Exerzierreglements zu erhöhen.

Das Rose-Theater brachte gestern ein dreitägiges Singpiel „Wenn der Flieder blüht“ zur Aufführung. Der Text ist von Hann Wendrich, die Musik von Horst Grünthal. Das Ganze ist nicht viel mehr als eine harmlose Angelegenheit mit den üblichen Bewildigungen. Zuerst sieht es aus, als ob sich die richtigen Paare nicht bekommen sollten, im zweiten Akt wird es sogar rührend, und schließlich löst sich alles in Wohlgefallen auf. Die Musik bemüht sich hin und wieder um einen Schläger, was allerdings nicht immer gelingt. Gespielt und gesungen wurde unter Leitung Kapellmeister Schmidts brav und bieder, hervorzuheben sind die Damen Traute Rose, Helens Eida und die Herren März, Knäpel, Wölbe sowie Direktor Bernhard Rose. Das Publikum war sehr begeistert.

Der Rhein steigt weiter.

Hochwasser überall.

Köln, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die heute vormittag einlaufenden Hochwasserermeldungen vom Oberrhein geben zu den schwersten Besorgnissen Anlaß. Gegen 12 bis 1 Uhr mittags dürften die tiefergelegenen Uferstrecken in Köln bei der Ueberschwellungsgrenze von 7 Meter überflutet werden. Der Hochwasserstand ist in fieberhafter Tätigkeit. Die Keller der bedrohten Häuser sind bereits geräumt. Man richtet sich auf umfassende Maßnahmen zur Unterbringung der von der Ueberschwellung bedrohten Einwohner ein. Im Quellengebiet des Rheins und seiner sämtlichen Nebenflüsse herrscht nach wie vor Tau- und Regenwetter bei äußerst milder Temperatur. Die kleinsten Gebirgsbäche sind in reißende Sturzströme verwandelt, die ihren Weg durch große Ueberschwellungsgebiete nehmen. Der oberdeutsche Hochwasserdienst meldet übereinstimmend von allen Nebenflüssen weiteres starkes Ansteigen der Flutwellen. Ein Sinken des Wassers ist bei den herrschenden Witterungsverhältnissen — die Wetterkarten kündigen auch für Mittwoch weiteres Tau- und Regenwetter an — nicht zu erwarten, im Gegenteil ist mit einem starken Steigen der Wasserfluten auch weiterhin zu rechnen.

Koblenz, 29. Dezember. (W.B.) Nach den letzten Wasserstandsberichten des Hochwasserdienstes wird ein weiteres Steigen des Rheins gemeldet. Die Pegelhöhe in Koblenz war heute vormittag 9 Uhr 6,67 Meter. Das Wasser steigt täglich 6 Zentimeter. Die Schiffsbrücke ist seit dieser Nacht für den Verkehr gesperrt. Die Einstellung der Rheinschiffahrt wird erfolgen, wenn der diesjährige Pegelstand 7,20 Meter erreicht hat, was voraussichtlich heute abend der Fall sein wird. Der Kölner Pegelstand war heute 10 Uhr vormittags 6,80 Meter, das Wasser steigt noch weiter. Die Schiffahrt ist hier bereits völlig eingestellt worden. Saar und Mosel steigen erneut täglich 2 Zentimeter. Von den Flüssen Rinzig und Rahe wird jedoch fallen des Hochwassers gemeldet.

Dresden, 29. Dezember. (W.B.) Die Regenfälle der letzten Tage haben für die Rodau, Eger und die kleine Elbe ebenfalls Hochwasser herbeigeführt. Bei Niedrigstand ist auf einer Strecke von 1 Kilometer Eisgang auf der Elbe eingetreten. Hochwassergefahr besteht jedoch nach den bisherigen Meldungen für Dresden noch nicht. Der Wasserstand der Elbe betrug heute morgen minus 86 Zentimeter gegen minus 105 Zentimeter am gestrigen Tage.

Freiburg, 29. Dezember. (W.B.) Das Hochwasser der Schwarzwaldbäche hat in der vergangenen Nacht nicht weiter zugenommen. Es wird vielmehr ein Stillstand, teilweise auch ein Rückgang gemeldet. Die Rinzig ist seit gestern mittag bis heute vormittag um 30 Zentimeter gesunken. Felder und Wiesen sind weitläufig überflutet. Der angerichtete Schaden dürfte das bei der Schneeschmelze übliche Maß nicht übersteigen.

Budapest, 29. Dezember. (U.) Aus Siebenbürgen kommen Nachrichten über katastrophale Hochwasserfluten. Infolge des plötzlich eingetretenen Tauwetters sind alle Flüsse und Gebirgsbäche hoch angeschwollen. Zahlreiche Häuser wurden vernichtet. Tausende von Menschen sind obdachlos. Viele Eisenbahnbrücken sind zerstört. Der Telephon- und Telegraphenverkehr ist unterbrochen, so daß sich ein vollständiges Bild der Verwüstungen noch nicht machen läßt. Soweit bisher zusammenhängende Nachrichten vorliegen, haben bei der Hochwasserkatastrophe etwa 50 Personen den Tod gefunden.

Strenge Kälte im Westen der Vereinigten Staaten. Nach Meldungen aus New York herrscht im Westen der Vereinigten Staaten strenge Kälte. Sie hat bereits 40 Todesopfer gefordert, darunter 9 in Chicago und 3 in New York.

Großfeuer in Buenos Aires. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat eine Feuersbrunst, die in einem Petroleumlager der Stadt ausgebrochen ist, fünf große Petroleumbehälter völlig zerstört. Truppen mußten aufgeboten werden, um zu verhindern, daß das Feuer auf die im Hafen verankerten Schiffe übergriff. Bei dem Brande sind bisher 3 Personen getötet und 10 erheblich verletzt worden. Die Entziehung des Feuers wird auf Bligschlag zurückgeführt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Janjolinisten, Gruppe Süden. Abends 1/8 Uhr. Weihnachtfeier in der Wohnung der Genossen Ch. Schulz, Diefenbachstr. 57. Instrumente mitbringen.

Bewegungsbewegung

Die Reichsbahngesellschaft hat Geld wie Heu.

Für hohe Beamte und zum Lohnruck der Eisenbahner.

Es ist bekannt, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft allen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen der Eisenbahner damit widerspricht, daß sie erklärt, die Reichsbahn könne keinerlei weitere finanzielle Lasten mehr tragen, ohne eine wesentliche Tarifserhöhung vorzunehmen, diese wieder könne die Wirtschaft nicht tragen; also könne irgendeine allgemeine Lohn- oder Gehaltsaufbesserung nicht vorgenommen werden.

Unter diesem Gesichtswinkel hat die breiteste Öffentlichkeit ein Interesse daran, die Finanzabwägung der Reichsbahn einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Es ist ein Urding, daß diese unsozialste aller Verwaltungen

auf einer Seite ungeheure Summen geradezu verpulvert, während sie auf der anderen Seite die Kaufkraft der gesamten Bevölkerung schwächt und somit einen erheblichen Teil an der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu verantworten hat.

Die Reichsbahngesellschaft schwimmt derart im Ueberflut, daß ein großer Teil ihrer oberen Beamten seit 1. Januar d. J. keine Miete für die Dienstwohnungen zu zahlen hat. Man schenkt ihnen diese ganz erheblichen Beträge. Ja, den leitenden Beamten stellt man am Kurfürstendam in fürstlich eingerichtete Villen gratis zur Verfügung. Ein anderer Teil dieser Herren erhält gratis und franco 10-12-Zimmerwohnungen in Mietshäusern zugewiesen. Außerdem zahlt man jährlich circa 60 Millionen Mark an Bewertungs- und anderen persönlichen Zulagen an diejenigen Beamten aus, die schon an und für sich nicht gerade schlecht bezahlt werden.

Da unter diesen Umständen die Unzufriedenheit unter dem Personal ins Ungemessene gestiegen ist, und man mit explosionsartigen Ausbrüchen dieser Unzufriedenheit rechnen muß, gibt man ungeheure Summen für solche Einrichtungen aus, die im Falle von Streiks als Streikbrecherorganisationen einspringen sollen. Durch folgenden Erlaß wird die ungeheure Verschwendung von Geldern klar bewiesen (Ausschnitt aus dem Eisenbahnerordnungsblatt):

Ma. 204. 419.

In die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Gruppenerwaltung Bayern in München, die Reichsbahndirektionen (außer Köln, Ludwigshafen, Mainz, Trier und Eisenbahn-Zentralamt in Berlin).

Betrifft: Streikabwehr.

Zur Abwehr der Streikbewegung bei der Deutschen Reichsbahn in der letzten Zeit wurde als Ersatz der Ausständigen zuerst die Personalbetriebshilfe herangezogen. Diese Maßnahme hat sich bei den politischen und gewerkschaftlichen Schwierigkeiten, die sich dem Einsatz der Technischen Reichsbahn im Reichsbahnbetrieb jeweils entgegenstellten, gut bewährt. Bei der derzeitigen Lage der Reichsbahn muß mit weiteren ernstlichen Streiks gerechnet werden. Es ist daher dringend notwendig, den weiteren Ausbau und die systematische Ausbildung der Personalbetriebshilfe, ebenso die sonstigen Streikabwehrmaßnahmen (Bahnschutz, Nachrichtendienst) mit Nachdruck zu betreiben. Wir ersuchen die Reichsbahndirektionen, entsprechende Maßnahmen sofort zu treffen.

Sollten die benötigten Mittel im Rahmen des Wirtschaftsplans 1925 nicht verfügbar gemacht werden können, so sehen wir alsbald den entsprechenden Anträgen entgegen.

Zum 1. November d. J. ist zu berücksichtigen, welche Beträge — getrennt für Personalbetriebshilfe einerseits und Bahnschutz usw. andererseits — bereitgestellt wurden, und zum 20. Dezember d. J. ist anzugeben, in welcher Weise sie verwendet worden sind.

Deutsche Reichsbahngesellschaft.

Hauptverwaltung.

Gen. Dr. Weirauch.

Man sieht, es ist soviel Geld vorhanden, daß die einzelnen Direktionen geradezu

zu Staatsüberzeichnungen aufgefordert

werden. Neuerdings sind ungezählte Millionen zum Ankauf von Aktienpaketen großer Verkehrsunternehmungen ausgegeben worden. Die Hauptverwaltung will damit ein direktes Monopol in sämtlichen großen Verkehrsunternehmungen errichten.

Man sieht, was man von den Ausreden der Hauptverwaltung zu halten hat. Sie gibt das Geld für leitende Beamte mit vollen Händen aus; sie versucht diktatorische Gewalt im Verkehrsgewerbe, in der Binnen- und Ueberseeschifffahrt zu erlangen, sie hat Geld in Hülle und Fülle, um eine von ihr heraufbeschworene Streikspiegeln, um damit das allgemeine Lohnniveau zu drücken, ohne jede Rücksicht auf Allgemeininteressen. Die Reichsbahngesellschaft hat Geld wie Heu. Sie verwendet es aber im realistischen Schornsteinrausch.

Die Verhandlungen im Reichsbahnkonflikt nahmen heute vormittag um 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Dr. Rüdlin ihren Anfang. Zunächst leiten die Vertreter beider Parteien zur Informierung des Schlichters ihre Forderungen dar. Bei Schluß des Berichtes dauerten die Verhandlungen noch an, die sich voraussichtlich über den ganzen Tag erstrecken werden.

Die Unfälle im Bergbau im Jahre 1924.

Nach dem kürzlich veröffentlichten Rechenschaftsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Jahr 1924 umfaßte diese in acht Sektionen 1812 Betriebe mit 866.988 versicherten Personen. Von den Betrieben entfielen 363 auf die Steinkohlen-, 507 auf die Braunkohलगewinnung, 350 waren Erzgruben, 205 Steinsalz- und Kalibergwerke, und die übrigen 357 dienten sonstiger

Materialgewinnung. Die Gesamtziffer der Belegschaften dieser bergbaulichen Betriebe ist im Jahre 1924 um rund 20.000 gegen das Vorjahr zurückgegangen. Damit war der Abbau nach keineswegs beendet.

Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle, bei denen nach Abschluß des Heilverfahrens bzw. nach der 13. Krankheitswoche noch erwerbsfährende Unfallfolgen bestehen, ist von 7713 im Jahre 1923 auf 8104 im Berichtsjahre gestiegen, trotz der um 2,4 Proz. verminderten Beschäftigungsziffer. Davon waren

1490 Unfälle mit tödlichem Ausgang.

Massenunfälle, solche, bei denen 10 oder mehr Menschen getötet oder verletzt wurden, sind glücklicherweise nur zwei vorgekommen: auf der Benzolgrube mit 10 Toten und auf der Zeche

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin

Donnerstag, den 31. Dezember 1925, abends 10 Uhr,

in der Stadthalle (Stadthaus Klosterstraße)

Silbestermusik

Mitwirkende: Bläserchor des Orchesters der Städtischen Oper, die A-cappella-Vereinigung des Berliner Volkshochs unter Leitung von Dr. Ernst Jander. Eintrittspreis 60 Pfennig.

Carl Funke mit 17 Verletzten. Die Zahl der insgesamt vorgekommenen Unfälle, also auch der nicht entschädigungspflichtigen, wird in dem Bericht veranschlagt.

Die im Bericht angegebenen inneren Ursachen der — entschädigungspflichtigen — Unfälle bieten folgendes Bild. Die Gefährlichkeit des Betriebes an sich verursachte 5860 Unfälle, d. h. 72,31 Proz., die Mängel des Betriebes im besonderen 83, bzw. 1,02 Proz. der Unfälle, die Schuld der Mitarbeiter 208 bzw. 2,57 Proz. der Unfälle und die Schuld der Verletzten selbst 1933 bzw. 24,10 Proz. der Unfälle. In rund 75 von Hundert Fällen wurden die Unfälle also durch die Gefahren des Betriebes an sich verursacht. Dennoch handelte es sich in der Hauptsache bei den Unfällen im Bergbau um unvermeidliche Uebel. Daß diesen „Gefahren an sich“ durch sorgfältige Vornahme der möglichen Schutzmaßnahmen, sowie durch genaue Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften und energische Kontrolle über ihre Durchführung ganz wesentlich gesteuert werden kann, ist ebenso unbestreitbar wie die Tatsache, daß es eben daran noch viel fehlt. Trotz der mit Vorliebe mit Beispielen aus der Knappschaftsversicherung belegten Klagen der Unternehmer über soziale Belastung scheint das Leben der Bergarbeiter immer noch wesentlich billiger zu sein als die Kosten für die Schaffung und Durchführung der Unfallverhütung. Das wäre durchaus kein Grund, um an Stelle der leichtfertigen Auffassung der Unfallverhütungsvorschriften, die von den Unternehmern selber gekennzeichnet wurde durch die Prägung der Bezeichnung „weiße Salbe“, endlich einmal zu einer pflichtbewussten, verantwortungsvollen Handhabung des Unfallsschutzes zu kommen wozu auch eine gehörige Befehlshaltung der Bergarbeiter und ein wirksamer Schutz gegen das Antreiberhysterium gehört, das die Arbeiter zu einer gewissen Mißachtung der Unfallgefahren zwingt, worüber dann in den Rechenschaftsberichten quitiert wird: durch die Schuld der Verletzten selbst.

Der Bericht schweigt sich über dieses dunkle Kapitel aus und verzeichnet lediglich die Kosten der Berufsgenossenschaft für Verwaltung, Unfallunterstützung, das Rechtsverfahren und der Unfallverhütung im Betrage von 2.300.213 M. Ist der Bericht gegen die vorherigen auch recht mager ausgefallen, so zeigt er dennoch, welche ungeheure Opfer an Leben und Gesundheit die Bergarbeiter selbst in günstigen Zeiten wie es das Jahr 1924 für sie bedeutete, im Kampfe um das tägliche Brot für sich und ihre Familien bringen müssen, zur höheren Ehre des Profits. Wo der Profit aber trotzdem nicht mehr in reichem Maße winkt, wird die Existenz der Bergarbeiter einfach abgebaut.

Der Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft soll eine gewisse Rechtfertigung der kapitalistischen Produktionsweise im Bergbau darstellen, bildet jedoch in Wirklichkeit eine Anklage gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Fünfundzwanzig Jahre „Sanitätswarte“.

Mit dem Jahresluß 1925 beendet die „Sanitätswarte“, das Organ der Reichsleitung Gesundheitswesen im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ihren 25. Jahrgang. Das bedeutet 25 Jahre schweren Ringens des Personals in den Krankenhäusern, Irrenanstalten, Sanatorien und sonstigen Heil- und Bannanstalten um seinen sozialen Aufstieg. Bis im Jahre 1898 die ersten Reime einer gewerkschaftlichen Organisation sich regten, waren die Leiden des Personals im Gesundheitswesen schon besannt. Die Arbeitszeit unbegrenzt, der Lohn kaum mehr als ein Trinkgeld, bei schlechter Kost und miserablen Wohnverhältnissen unter dem Kost- und Logiszwang leidend, rechtensmäßige Behandlung durch die Vorgesetzten erdulend, das waren die Verhältnisse, unter denen das Haus- und Küchenpersonal in den Anstalten frönte und unter denen das Pflegepersonal den Kranken seinen Liebesdienst erweisen sollte, ein Samariterdienst, der infolge ungenügender Berufsausbildung mangelhaft genug war. So war die Situation des Personals sehr groß, der Beruf war kein Lebens-, sondern nur ein Durchgangsbetrieb.

Kein Wunder, daß bei diesem Glend der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation erst so spät Boden gewann und selbst dann,

als der Grundstein zu einer Organisation gelegt war, der Bau nicht vorwärts schreiten wollte trotz aller Anstrengungen, die die ersten Pioniere dieser jungen Bewegung aufbrachten. Aus diesem Zustand der Apathie wurde das Personal zum guten Teil durch die Anklagereden geiffen, die Genosse

Anteil im Reichstage

gegen die Misere der Krankenpflege, erstmals im Juni 1901, hielt und die er in den folgenden Jahren wiederholte. Durch den stärksten Anstoß, den die Bewegung nun erhielt, war es möglich, im Jahre 1901 den ersten Verbandstag des Krankenpfleger-, Bade- und Massagepersonals abzuhalten, auf dem auch die Herausgabe eines eigenen Organs, „Die Sanitätswarte“, beschlossen wurde.

Wenn die Bewegung etwas lebhafter gemorden war, so hat sie es aber auch dann noch nicht zu großem Einfluß gebracht. Die junge Organisation hatte, abgesehen von den zahlreichen blau-gelben Ständesvereinen, einen Konkurrenten im freigewerkschaftlichen Lager, den Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten. Grenzfreitigkeiten blieben nicht aus und lähmten die Bewegung in beiden Lagern noch besonders. So hielt man es für geraten, am 1. Juli 1904 beide Organisationen miteinander zu verschmelzen. „Die Sanitätswarte“ erschien von nun ab als Beilage zu der „Gewerkschaft“, dem Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Organisationsarbeit ging nun besser vonstatten. Im Jahre 1906 wurde die erste Reichskonferenz des im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Krankenpfleger-, Bade- und Massagepersonals in Mainz abgehalten, die ein großzügiges Aktionsprogramm aufstellte, das heute noch maßgebend ist, nachdem es auf den folgenden Konferenzen Berlin 1911, Jena 1919 und Dresden 1924 einige Korrekturen erfuhr. Einer der grundrhythmischen Forderungen dieses Programms, der gesetzlichen Regelung der

Ausbildung und Prüfung des Krankenpflegepersonals

wurde in geringfügigem Maße Rechnung getragen durch die im Jahre 1906 erlassene Bundesratsverordnung. Sie wurde in den folgenden Jahren von einzelnen Bundesstaaten durchgeführt und nach dem Novembersturz von Preußen, Sachsen, Hamburg, Baden, Bayern erweitert und verbessert. Alle diese Verordnungen ermangeln, abgesehen von Hamburg und Berlin, aber des Obligatoriums. Sie tragen nur fakultativen Charakter. Das schon seit Mainz und früher geforderte Reichsgesetz ruht seit 1922 im Schoße der Regierung, kann aber aus unerklärlichen Gründen den Weg nach dem Reichstage nicht finden, um verabschiedet zu werden.

In der Frage der Arbeitszeit war es dem Personal vor dem Kriege kaum möglich, Verbesserungen durchzusetzen, stellte doch selbst die im Jahre 1910 von der Königlich Preussischen Regierung ausgesommene, im Jahre 1912 veröffentlichte Statistik, trotz ihrer starken Kritik, eine durchschnittliche Arbeitszeit von 14 Stunden pro Tag fest. Erst die Revolution brachte einen großen Teil des Anstaltspersonals den Achtstundentag. Dieser konnte trotz des Anstalts der Anstaltsverwaltungen und rückständiger Ärzte vielerorts gehalten werden, infolge der nun stark angewachsenen Organisation, ja selbst dann, als die Reichsregierung durch Verordnung vom 13. Februar 1924 den zehnstündigen Maximalarbeitszeit festsetzte.

Im Kampfe um die bessere Ausbildung und um die Hebung der schwergedrückten sozialen Lage ist „Die Sanitätswarte“ dem Personal im Gesundheitswesen stets vorangegangen und war ihm Führerin und Beraterin. Die stark angewachsene Organisation, die heute rund

30.000 Mitglieder in der Reichsleitung Gesundheitswesen

zählt, ermöglichte den Ausbau dieses Blattes, so daß sie heute nicht nur ein gewerkschaftliches Kampforigan, sondern noch mehr ein Fach- und Fortbildungsorgan für das Krankenpflege- und Badepersonal geworden ist.

Manches ist in den 25 Jahren erreicht worden, noch mehr aber ist zu gewinnen. Schwere Kämpfe werden noch auszufechten sein, und dabei wird „Die Sanitätswarte“ auch in der Zukunft Führerin und Kämpferin zugleich sein. An ihrem Jubiläumstage begrüßen wir daher „Die Sanitätswarte“ als Mitstreiterin im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Fron.

B. Renner.

Kranken- und Altersversicherung in England.

London, 28. Dezember. (E.P.) Am 4. Januar tritt in Großbritannien das neue Sozialversicherungsgesetz in Kraft. Von diesem Tage an müssen sich alle Personen im Alter von 16 bis 70 Jahren, die nicht mehr als 250 Pfund im Jahre verdienen, sowie sämtliche Handarbeiter mit wenigen Ausnahmen gegen Krankheit versichern und Beiträge zu einer Alters-Rentenkasse leisten. Unter dieses neue Gesetz fallen etwa 16 Millionen Menschen. Der Beitrag des Staates beläuft sich in den ersten zehn Jahren auf jährlich 4 Millionen Pfund. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen jährlich die gleich hohe Summe an Beiträgen.

Die Einwanderungsfrage in Frankreich.

Paris, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat in einer Nachsitzung die Beratung des Ausgabebetats fortgesetzt. Es hat sich dabei eine interessante Debatte über die Frage der Einwanderung ausländischer Arbeiter nach Frankreich entsponnen. Von verschiedenen Seiten wurde dabei die Einwanderungspolitik bemängelt. Ein kommunistischer Abgeordneter wies darauf hin, daß gegenwärtig etwa drei Millionen Ausländer in Frankreich seien, die die Löhne der französischen Arbeiter drückten und folgerte daraus, daß es erforderlich sei, die Einwanderung fremder Arbeiter zu unterbinden. Der Arbeitsminister erklärte darauf, daß gegenwärtig die Einwanderung fremder Arbeiter keinerlei Arbeitslosigkeit verursacht habe und daß ein Gesetzprojekt über diese Frage in Vorbereitung sei.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Klaus Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: S. Geinert; Redaktion: R. S. Böcker; Anzeigen und Kontingente: Fritz Rappelt; Anzeigen: H. Gled; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Einbeckenstraße 2.

Rheumatismus in schmerzhaft. Gegen Gliedererleiden, Gicht, Muskul- und Gliederchwäche, Brust- und Rückenschmerzen, Geschwulst usw. wird mit großem Erfolg angewandt mein seit Jahren als vorzüglich anerkanntes
Verb. Burgunder-Peppflaster
Stück 1 M., bei 3 Stück Berl. frei Haus
Nur allein echt bei **Arthur Mothes,**
Berlin N 31.
Swinowdörfer Str. 41, Fernspr. Humboldt 2121.

Als Neujahrswunsch
Frische Blumen
In jeder Zusammenstellung empfehlen:
Paul Golke, Mariannenstraße 3
Walter Große, Andreasstraße 66
Bernhard Großmann, Beckenhofstraße 3
Karl Gugisch, Krausstraße 1
Anna Hildebrandt, Strausberger Str. 13
Adolf Jullik, Proslauer Straße 25
Alfred Waihow, Kaiserstraße 1
Paul Wendorf, Rigaer Straße 1
Herrmann Wieler, Rindhofenstraße 14
Erich Winter, Stralauer Straße 44-45
Läßt Blumen sprechen!

Bares Geld
ist dieses Inserat.
5% Rabatt
erhält jed. Käufer geg. Vorzeigung dieses
Gratis
erhält jed. 30. Käufer geg. Vorzeig. dieses
1 Flasche Likör nach Wahl.
Preise (einschl. Steuer):
Weinbrände . . . Pl. 4.— M., 2.90 M.
Weinbrand-Verschütt . . . Pl. 2.20 M.
Korn Pl. 2.— M.
Rum Pl. 2.75 M.
Liebestrank
der beste Edellikör . Pl. 3.10 M.
Silvester-Punsche
Alle Sorten Liköre, Fruchtweine, Frucht-
säfte, div. Weine zu außerordentlich Preisen
Jos. Sundermann & Co.
Berlin-Schöneberg, Fehrlingstr. 63
Tel. Sienhan 1384
Metallbetten
Stahlmattstr., Kiekerbetten gleich so Priv.
Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

20 Jahre Likör-Fabrik „Zur Mühle“
Alex. 2236 Inh. Carl Bethege Alex. 2236
Gr. Frankfurter Str. 128, an der Koppentstr.
Billige Silvester-Punsche
Alle Liköre (25%) 1. Qualität . . . 4,95
Jam.-Rum (Verschr.) 1a. 40% . . . 3,70
Co-Be. Weinbr. 3,—
Winkelhausen, Alle Reserve . . . 4,20
Winkelhausen J. B. 3,25
Winkelhausen 1,80
Winkelhausen 1,80
Fajabzug 5,95
Jeder Käufer erhält ein Geschenk!
„Cebetimer“
mein
Special-Likör
1 Ltr. Fl. 4,05

Konservatorium des Westens
Dir. Wilhelm Fork
Grolmanstr. 27, I (Bahnhofsvorpl.)
Sprecht. 10-8 — Bismarck 1226
Die neuen Kurse
für klassisches und modernes
Ballett, sowie Plastik,
Rhythmik und Bewegungstheorie
unter der persönlichen Anleitung
Oberleitung des Ballettmeisters
Georges Blavaclet
beginnen am Sonnabend, den
2. Jan. 1926. — Aufnahme jeder-
zeit. Kursushonorar M. 12, 18 u. 25
Pelzwaren
kaufen Sie gut und billig
Berlin, Neue König-
straße 21, 2 Treppen.
Schokoladen-Großhandlung
Alfred Streckler
Stralauer Straße 37, am Molkenmarkt
Größte Auswahl in nur gangbaren
Marken für Wiederverkäufer, Kinos,
Restaurants, Verdrin, Tombola usw.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angegli. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88
Norden 1198
Pillale Westen, Wilmsdorf
Landwehrstr. 4 — Tel. Pilsburg 9821
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit